

Freiburger Erklärung

zur UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung Rio+20 : „Global denken - lokal handeln!“ Nachhaltig vor Ort und überall – die Zukunft, die WIR wollen

Zwanzig Jahre nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (UNCED 1992) findet im Juni 2012 die **UN-Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung (UNCSD, Rio+20)** statt. Die UNCED 92 hat trotz der dort beschlossenen Konventionen zum Klimaschutz und zur Biodiversität sowie trotz ihrer Erklärung zu Umwelt und Entwicklung, ihrer Wälder-Prinzipien und ihrem weltweiten Aktionsprogramm Agenda 21 bis heute nicht die erhofften positiven Wirkungen entfaltet. Die Beschlüsse wurden von mehreren Staaten nicht ratifiziert oder unterlaufen.

Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gewalt auf allen Ebenen, Hunger und Armut, Überfluss und Verschwendung von Ressourcen, Externalisierung und Sozialisierung ökonomischer Kosten, Ungleichheit und fehlende Bildungschancen sowie die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen und die Gefährdung der Biosphäre insgesamt stehen weiterhin und unakzeptabel für den Zustand der Welt.

Positiv entwickelt haben sich vielfach Einsichten und der Wille, diese Zustände vorbildlich zu überwinden. Vor allem vor Ort, regional und gemeinschaftlich sowie in partnerschaftlichen Initiativen an der Basis sind unterschiedlichste konkrete Aktivitäten entstanden, die dezentral aber vernetzt zur Problemlösung beitragen. Leitgedanken hierbei sind „**Eine Welt**“ für globale Verantwortung und Gerechtigkeit und das Motto „**Global denken – lokal handeln**“. Dies geschieht, wenn auch noch unvollkommen, in Hunderttausenden Städten und Dörfern insbesondere mit der lokalen Agenda21.

Wir sind ein engagierter Teil der international vernetzten Zivilgesellschaft aus Bürgerinnen und Bürgern von Gemeinden, Städten und Regionen und ihren vielfältigen kulturellen, ethnischen, religiösen bzw. sozialen oder gemeinnützigen Gemeinschaften. Wir fühlen uns vielfach nicht hinreichend repräsentiert durch unsere Staaten und offiziellen Repräsentanten bei den Vereinten Nationen, in internationalen Konferenzen und von demokratisch mangelhaft legitimierten Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO, welche die Ergebnisse der UNCED 92 faktisch entwertet hat. Deshalb gilt es, eine transnationale Demokratisierung voranzubringen, die in einem regional verankerten Rat der Vereinten Zivilgesellschaften (COUNCIL OF UNITED CIVILIANS) gipfelt, der – ausgestattet mit verbindlichem Vorschlags- und Vetorecht - den VEREINTEN NATIONEN (UNITED NATIONS) die Zusammenarbeit anbietet.

Vor diesem Hintergrund erklären wir gegenüber den Mitmenschen, Städten und Gemeinden, regionalen, nationalen und internationalen Institutionen, der Wirtschaft, demokratisch gewählten Delegierten, Regierungen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern der UN-Konferenz Rio+20:

- 1.** Wir wollen eine solidarische Welt, deren natürliche, kulturelle und soziale Ressourcen nur so genutzt werden dürfen, dass für die derzeitigen und nachfolgenden Generationen ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Oberstes Ziel ist die Umsetzung der Menschenrechte und damit der gerechte Zugang aller Menschen zu ihren Lebensgrundlagen. Nur so kann Nachhaltigkeit universell definiert werden und global konsensfähig sein.
- 2.** Wir wollen die Entwicklung zur Nachhaltigkeit für alle Menschen gemeinsam und gleichberechtigt voranbringen und die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft bewahren. Ressourcenverschwendung, Raubbau und Gier müssen gestoppt werden für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft mit der Natur im Rahmen des begrenzten Umweltraumes und einer Umweltdemokratie.
- 3.** Diese Entwicklung setzt Friedensbereitschaft und Verständigung voraus und muss Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Entscheidungsteilhabe schaffen. Sie muss sozial, ökologisch und gesamtwirtschaftlich tragfähig sein und rechtsstaatlichen Standards wie der Verursacherhaftung und dem Vorsorgeprinzip standhalten.
- 4.** Diese Entwicklung muss dezentrale Fundamente haben, sie muss die Menschen, ihre Städte und Dörfer, ihre sozialen Gemeinschaften kooperativ als Mitwirkende und als Akteure mit Selbstbestimmung und Selbstverantwortung anerkennen.
- 5.** Wir wollen die Energiewende weg von fossiler und Atomenergie hin zu 100% erneuerbaren Energien, hin zu hoher Effizienz und Genügsamkeit, hin zu dezentralen, demokratischen Energiestrukturen, zu mehr Energieautonomie und zu nachhaltiger Energie für alle.
- 6.** Wir wollen, dass Risiko- und Herrschaftstechnologien wie Atomwaffen, Atomenergienutzung und Agrogentechnik geächtet werden.
- 7.** Landwirtschaft und Gartenbau müssen vorrangig und in globaler Verantwortung der Ernährung dienen, dies nachhaltig und ökologisch mit konzernunabhängiger Saatguttradition.
- 8.** Die Wirtschaft muss ihre Gemeinwohlorientierung dadurch erweisen, dass sie naturverträglich wird und sich in den Dienst aller Menschen und ihrer dem Frieden dienenden Kooperation stellt.

